

1. Effizienzkriterien

Die allgemeinen und maßnahmenbezogenen Effizienzkriterien werden durch gesonder-
tes Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten bekannt gegeben.

Sind die allgemeinen Effizienzkriterien nicht vollständig erfüllt, wird bei allen Maßnah-
men dieser Richtlinie ein Abschlag von 25 % auf die Gesamtzuwendungssumme wirk-
sam.

Sind die allgemeinen Effizienzkriterien erfüllt, nicht aber die maßnahmenbezogenen Effi-
zienzkriterien, wird der Abschlag von 25 % nur auf die Zuwendungssumme der betroffe-
nen Maßnahmen (Nr. 2.2.2 bzw. 2.3.1 FORSTZUSR 2026) wirksam.

Werden sowohl allgemeine als auch maßnahmenbezogene Effizienzkriterien in einem
Kalenderjahr nicht erfüllt, so gelten die Abschläge getrennt voneinander.

2. Qualifikationsanforderungen im Sinn der FORSTZUSR 2026

2.1 Forstfachlich qualifiziertes Personal

Als forstfachlich qualifiziertes Personal gelten grundsätzlich Forsttechnikerinnen und
Forsttechniker, Absolventinnen und Absolventen der forstwirtschaftlichen und der forst-
wissenschaftlichen Ausbildungsstätten sowie Personen mit gleichwertigen fachlichen
Ausbildungen.

2.2 Gleichstellung

Für bereits nach den Regelungen der FORSTZUSR 2015 dem forstfachlich qualifizier-
ten Personal gleichgestelltes sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Fachpersonal
gilt eine Besitzstandswahrung.

Für umfassende Waldpflegeverträge nach Nr. 2.2.1.2 FORSTZUSR 2026 sowie für die
ausbildungsverantwortliche Person nach Nr. 2.2.8 FORSTZUSR 2026 gilt die Gleichstel-
lung langjährig beschäftigten Fachpersonals mit forstfachlich qualifiziertem Personal
(gemäß FORSTZUSR 2015) nicht.

2.3 Fachpersonal

Als Fachpersonal gilt Personal mit einer für das Anforderungsspektrum der anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse relevanten forstlichen, kaufmännischen sowie fachlich gleichwertigen Ausbildung. Die Berufsausbildung zur Landwirtin/zum Landwirt und die Berufsausbildung zur Fachkraft Agrarservice beinhalten Elemente der Forstwirtschaft, der Betriebswirtschaft sowie des Schutzes und der Pflege des ländlichen Raums und werden daher als Fachpersonal gemäß FORSTZUSR 2026 angesehen.

Ansonsten kann die Eignung aufgrund besonderer Umstände im Einzelfall dargelegt und vom StMELF auf Antrag anerkannt werden.

Forstfachliches Personal ist immer auch Fachpersonal.

3. Degression des Grundfördersatzes bei Maßnahmen nach Nr. 2.2.2 FORSTZUSR 2026

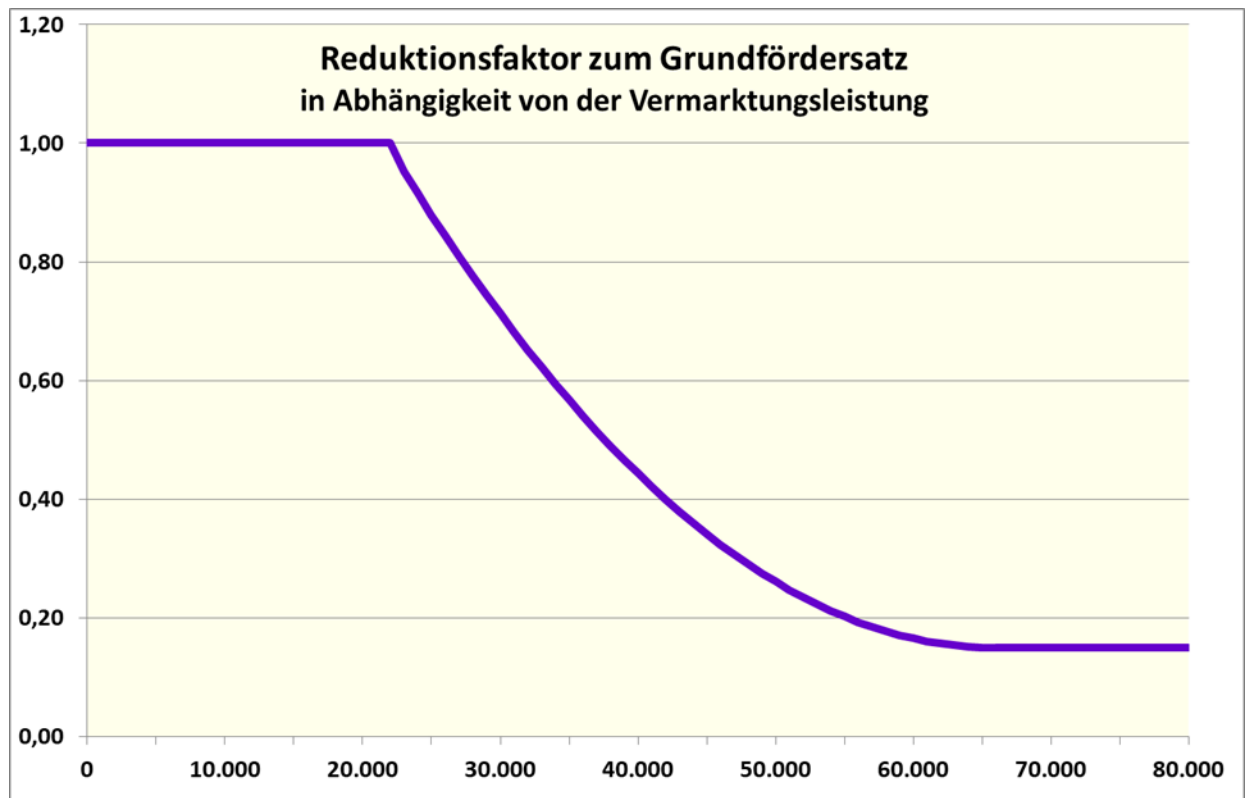
3.1 Normalleistung

Unter Normalleistung versteht man die Holzmenge, die eine geübte und geeignete, den Anforderungen entsprechend ausgebildete Person mit zweckentsprechender Ausrüstung bei durchschnittlichen Verhältnissen und unter Einhaltung der Regelarbeitszeit in einem Kalenderjahr im Durchschnitt erfassen, organisieren sowie zusammenfassen und vermarkten kann. Dabei wird berücksichtigt, dass die betriebliche Beratung der Mitglieder in ausreichend fachlich qualifizierter Form erfolgt ist.

Die Normalleistung wird auf 22 000 Festmeter im Jahr pro Vollzeitarbeitskraft festgesetzt. Dieser Wert gilt bis zu einer Neufestsetzung. Eine Neufestsetzung kann durch das StMELF auch außerhalb der FORSTZUSR 2026 erfolgen.

3.2 Vermarktungsleistung

Die Vermarktungsleistung errechnet sich aus dem Verhältnis der zuwendungsfähig vermarkteten durchschnittlichen Holzmenge der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) und der durchschnittlichen Summe der anrechenbaren Stellenanteile (Nr. 4.2 der Anlage 2). Grundlage für die Vermarktungsleistung ist dabei das arithmetische Mittel der Holzmenge und der anrechenbaren Stellenanteile des aktuellen, sowie der beiden vorangegangenen Kalenderjahre.



3.3 Degressionsfunktion zum Grundfördersatz nach Nr. 2.2.2 FORSTZUSR 2026

Die Höhe des Fördersatzes nach Nr. 2.2.2 FORSTZUSR 2026 für eine FBG für das jeweilige Förderjahr hängt von der entsprechenden Vermarktungsleistung ab. Bei bis zu 22 000 Festmeter vermarkteter Holzmenge (Normalleistung) beträgt der Grundfördersatz 100 % des vom StMELF für dieses Kalenderjahr im Nachgang festgelegten Wertes, maximal 0,60 Euro pro Festmeter, insgesamt (inklusive Zuschläge) aber nicht mehr als 2 Euro je Festmeter.

Bei höherer Leistung nimmt der Fördersatz bis zum Dreifachen der Normalleistung in degressiver Weise ab. Vermarktet eine Vollzeitkraft über 66 000 Festmeter im Jahr, beträgt der Grundfördersatz generell 15 % des Grundfördersatzes.

4. Anrechenbare Stellen im Sinn der FORSTZUSR 2026

4.1 Allgemeine Herleitung von Stellenanteilen

Die Zahl der anrechenbaren Stellen im Sinn der FORSTZUSR 2026 wird ermittelt, indem die jeweils vertraglich vereinbarte Stundenzahl der vom FZus in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigten Personen ins Verhältnis zu einer

Vollzeitkraft mit einer durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche gesetzt wird.

Die Stellen geringfügig Beschäftigter werden mit 0,15 Stellen berücksichtigt, wenn für die Stelle mindestens 85 % der festgesetzten Höhe des maximalen Beschäftigungsentgeltes für eine geringfügige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV als Vertragsentgelt fixiert sind. Eine Neufestsetzung dieses Prozentsatzes erfolgt durch das StMELF.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV, bei denen nicht die Entgelthöhe, sondern die Beschäftigungsdauer (maximal 70 Arbeitstage/drei Monate) über die Sozialversicherungspflicht entscheidet, werden nicht mit der Pauschale berücksichtigt. Für diese Beschäftigungsverhältnisse wird der anrechenbare Stellenanteil, wie bei regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen auf der Grundlage der vereinbarten wöchentlichen Stundenzahl und unter Berücksichtigung der Vertragslaufzeit ermittelt.

Beginnt und/oder endet ein Beschäftigungsverhältnis unterjährig, wird unabhängig davon, ob es als sozialversicherungspflichtiges oder geringfügiges Beschäftigungsverhältnis nach § 8 Abs. 1 SGB IV zu bewerten ist, zur Berechnung des anrechenbaren Stellenanteils die Zahl der Kalendertage, an denen es bestanden hat, zur Zahl von 365 ins Verhältnis gesetzt.

Stellenanteile werden auf zwei Stellen nach dem Komma abgerundet.

Der Gesamtstellenanteil einer Person beträgt maximal 1,00. Dabei sind auch weitere Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der FZus zu berücksichtigen.

Forstfachlich qualifiziertes Personal muss das vollständige Kalenderjahr hindurch bei dem FZus beschäftigt sein in einem Umfang von mindestens 0,15 AK.

Die Geschäftsbesorgung wird nicht gefördert bzw. angerechnet. Zur Vermeidung unbilliger Härten, insbesondere im Fall von

- bereits langjährig bestehenden, aber beim FZus nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und
- unvorhersehbarem Personalausfall und demnach unvermeidbaren und befristeten Vertretungsregelungen von bis zu zwölf Monaten

kann das StMELF auf Antrag und im Einzelfall Ausnahmen genehmigen.

4.2 Überbetriebliche Zusammenfassung des Holzangebotes nach Nr. 2.2.2 FORSTZUSR 2026

Berücksichtigt wird nur Personal, das mit der entsprechenden satzungsgemäßen Aufgabe der Holzvermarktung vertraglich fixiert betraut und bei der FBG sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Die Stellensumme nach Nr. 2.2.2 wird – genauso wie die Holzmenge – für den 3-Jahreszeitraum gemittelt.

Die Flächen der geförderten Waldpflegeverträge gemäß Nr. 2.2.1.2 FORSTZUSR 2026 werden von den Stellenanteilen in Abzug gebracht. Dabei wird pro Vollzeitstelle von einer bewältigbaren Gesamtfläche von 2 000 Hektar ausgegangen.

4.3 Förderobergrenzen nach Nr. 5.4.2 FORSTZUSR 2026

Berücksichtigt werden, unabhängig von der forstfachlichen Qualifikation, alle Stellenanteile aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Personen, die mit den satzungsgemäßen Aufgaben des FZus betraut sind und die im Kalenderjahr bestanden haben.

5. Bezugszeitraum zur Abgrenzung von Bezugseinheiten

Außer bei den Maßnahmen nach Nr. 2.4 FORSTZUSR 2026 dient zur Abgrenzung von Bezugseinheiten das Kalenderjahr. Abweichende Geschäftsjahre der Zusammenschlüsse bleiben davon unberührt. Die relevanten Bezugseinheiten sind vom Antragsteller dem Kalenderjahr zuzuordnen.

Das Kalenderjahr ist somit auch alleiniger Bezugszeitraum für die Feststellung der Effizienz.

Auch bei Nrn. 2.2.2 und 2.3.1 FORSTZUSR 2026 entspricht die relevante Bezugseinheit dem aktuellen Kalenderjahr. Die vorangegangenen beiden Jahre werden aus den vorherigen Nachweisen extrahiert und werden zusammengefasst nachgewiesen.

Grundlage für alle Fördertatbestände auf der Bemessungsgrundlage der Anzahl der ordentlichen Mitglieder ist der Stand des aktuellen Mitgliederverzeichnisses am 31. Dezember des jeweiligen Förderjahres. Ausgenommen davon sind umfassende Waldpflegeverträge gemäß Nr. 2.2.1.2 FORSTZUSR 2026.

6. Strukturverbessernde Einzelprojekte nach Nr. 2.4 FORSTZUSR 2026

Die Gesamtlaufzeit je Einzelprojekt bleibt auf drei Kalenderjahre begrenzt, soweit es für einzelne anerkannte Anwendungsfälle nicht abweichend geregelt wird. Die Genehmigung von Ausnahmen durch das StMELF im begründeten Einzelfall ist möglich.

Zu jedem Projekt ist durch die FBG eine für die Umsetzung verantwortliche Person zu benennen. Diese muss forstfachlich qualifiziert und bei der FBG sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Die Aufgabenerfüllung durch Geschäftsbesorgung wird nicht gefördert.

Zur Vermeidung unbilliger Härten, insbesondere im Fall von

- bereits langjährig bestehenden, aber beim FZus nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und
- unvorhersehbarem Personalausfall und demnach unvermeidbaren und befristeten Vertretungsregelungen von bis zu zwölf Monaten

kann das StMELF auf Antrag und im Einzelfall Ausnahmen genehmigen.

Die Kooperation mit Dritten bzw. der staatlichen Forstverwaltung zur Erreichung des Projektziels ist förderunschädlich.

Die überbetriebliche Zusammenfassung des Holzangebotes durch die FBG während der Projektlaufzeit im Projektgebiet bzw. die Steigerung des Holzaufkommens sind förderunschädlich, aber keine Strukturverbesserung im Sinne dieser Maßnahme. Somit begründet sich allein daraus auch nicht die Förderwürdigkeit eines Projektes. Im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben und nach Nrn. 2.2.2 und 2.2.3 FORSTZUSR 2026 bleibt die überbetriebliche Zusammenfassung des Holzangebotes im Umkehrschluss jedoch zuwendungsfähig.

6.1 Inhalte des von der FBG vorzulegenden Konzeptes

Das Konzept der FBG muss Folgendes beinhalten:

- konkrete zeitliche und räumliche Abgrenzung des Projekts,
- Benennung der zu überwindenden Strukturmängel bzw. des einschlägigen öffentlichen Interesses,
- fachliche und methodische Ansätze zur Überwindung der Strukturmängel bzw. zur Befriedigung des öffentlichen Interesses,

- konkrete Beschreibung der Einzelmaßnahmen zur Erfüllung der Mindestanforderungen an jede Förderstufe.

6.2 Mindestanforderungen an die drei Förderstufen

Förderstufe	Mindestvoraussetzungen zum Erreichen der jeweiligen Förderstufe	Geforderte Nachweisunterlagen
1	<p>Durchführung einer Informationsveranstaltung oder Sammelberatung</p> <ul style="list-style-type: none"> – für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer bzw. ordentliche Mitglieder mit Wald im Projektgebiet <p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erstellen einer Informationsschrift (Handout) für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer, die vor der Veranstaltung mit der Bewilligungsbehörde abgestimmt wird <p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> – nachweisbare Mindestteilnehmerzahl von zehn Personen 	<p>Teilnehmerliste der Sammelberatung</p> <p>und</p> <p>Informationsschrift</p>
2	<p>Einzelberatung für</p> <ul style="list-style-type: none"> – teilnehmende ordentliche Mitglieder mit Wald im Projektgebiet <p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> – mindestens je ein Vor-Ort-Beratungstermin auf den betroffenen Waldflächen der teilnehmenden ordentlichen Mitglieder <p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> – Dokumentation der Einzelberatung (Gegenstand, Schwerpunkt, Ergebnisse, Ort, Datum) 	<p>Einzelberatungsprotokolle</p>

3	Bestätigung des AELF über Erreichen der förderrelevanten Schwelle nach Förderstufe 2 (Verwendungsnachweis 1) liegt vor und Strukturverbesserung gemäß dem Konzept ist erreicht und FBG tritt im Rahmen der Umsetzung als Projektträger auf	Beteiligterklärung und begründende Unterlagen über die Durchführung/Umsetzung des Projektes (insbesondere Bescheide, Vergabenachweis, Rechnungen, Lieferscheine)
---	--	---

Nicht in jedem Projekt müssen alle drei Förderstufen erreicht werden. Für die nächste Förderstufe muss jedoch immer die vorhergehende Förderstufe erreicht sein.

Für jede Waldbesitzerin und jeden Waldbesitzer bzw. jedes ordentliche Mitglied kann die FBG generell in jeder Förderstufe jeweils nur einmal gefördert werden.

Nach Abschluss der Förderstufe 2 stellt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) grundsätzlich fest, ob im konkreten Projekt eine ausreichende förderrelevante Schwelle und strukturverbessernde Wirkung in Förderstufe 3 erreicht werden kann, ohne die eine Förderung in Förderstufe 3 nicht möglich ist.